

Google

Warnung an die EU-Kommission

Das Justizministerium warnt die EU-Kommission, ihr Missbrauchsverfahren gegen Google vorschnell abzuschließen. Es drohten „nachteilige Auswirkungen auf die Belan-

ge von Verbraucherinnen und Verbrauchern“, kritisiert Justizstaatssekretär Gerd Billen in einem Brief an Verbraucherkommissar Neven Mimica. Die Kommission wirft Google vor, Suchergebnisse zu manipulieren und damit Wettbewerber zu benachteiligen. Die Nutzer hätten durch-

schauf, „dass die Marktmacht von Google auch auf den über sie gesammelten und für die zielgerichtete Werbung jederzeit verfügbaren Daten ... beruht“, so Billen. „Sie erwarten zu Recht, dass dies bei der Entscheidungsfindung der Europäischen Kommission die gebotene Berücksich-

tigung findet.“ Google hat Kompromisse vorgeschlagen, aber diese findet Billen „verbesserungswürdig“. Für die Verbraucher könnten „nachteilige Wettbewerbsverzerrungen entstehen“. Zuletzt hatte auch die Kommission signalisiert, dass sie neu mit Google verhandeln will. ama

Banken

Verlustgefahr für die EZB

Der Europäischen Zentralbank (EZB) drohen womöglich Verluste aus Sicherheiten für die portugiesische Krisenbank Banco Espírito Santo, weil sie sich auf die Bewertung der kanadischen Ratingagentur DBRS verließ. Da die Bank von der Agentur eine relativ gute Bonitätsnote („Investment Grade“) bekam, akzeptierte die EZB deren Anleihen als Sicherheit. Die Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's hatten das portugiesische Institut

werde notfalls vom Staat gerettet, normale Bankanleihen seien deshalb relativ sicher. Dagegen habe sie nachrangige Anleihen, die ein höheres Verlustrisiko haben, vorher abgewertet. Die EZB sagt, die DBRS werde „fortlaufend überwacht“, um ihre „Eignung sicherzustellen“, pau

Textilhandel

Hungern für Lohn

Der Besitzer der Tazreen-Textilfabrik in Bangladesch, Delwar Hossain, der für den Tod von 112 Näherinnen bei einem Feuer vor eineinhalb Jahren verantwortlich gemacht wird, soll schon bald nach seiner Inhaftierung wieder freikommen – dank einer besonderen Form von Erpressung. Seine Tuba Group, zu der auch vier Textilfabriken gehören, hat seit drei Monaten keine Löhne mehr an die 1500 Näherinnen ausgezahlt. Hossains Verwandtschaft habe durchblicken lassen, dass erst wieder gezahlt werde, wenn ihr Angehöriger freikomme. Die Lage der Näherinnen, die nach Angaben des Frauenrechtevereins Femnet auch für den deutschen Discounter Lidl produzieren, ist nach drei Monaten verzweifelt. Vergangene Woche traten viele in einen Hungerstreik, über hundert sind bereits erkrankt. Nun hat Bangladeschs Arbeitsminister laut Presseberichten angekündigt, Hossain freizulassen. Eine Lidl-Sprecherin sagt, man verfolge die Situation aufmerksam. Bei der Tuba-Tochter, die Lidl beliefert, sei es zu keinen Unregelmäßigkeiten gekommen. msc

Sanktionen

Hilfen gegen Moskau



Arbeiter bei der Apfelernte in Polen

Zum Ausgleich für die wirtschaftlichen Vergeltungsaktionen Russlands in der Ukraine-Krise können EU-Mitgliedstaaten auf Hilfe aus Gemeinschaftstöpfen hoffen. Das gilt etwa für Polen, das seit vergangener Woche von einem Moskauer Importverbot für Obst und Gemüse betroffen ist. Die russische Reaktion auf die europäischen Wirtschaftssanktionen trifft das Land hart: Allein die Ausfuhr von Äpfeln, Birnen und Quitten nach Russland lag im vergangenen Jahr bei 776 000 Tonnen im Wert von rund 320 Millionen Euro. Dafür winkt nun Ausgleich: Nach den Statuten der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU könnten sich politische Verwerfungen, an denen Anbieter offensichtlich keine Schuld trifft, als „externer Schock“ klassifizieren lassen. Die polnische Regierung sondiert bereits bei der Kommission, wie und wann Hilfsmittel fließen könnten. Für andere Branchen, etwa den Rüstungssektor, gelten ähnliche Vorschriften nicht. Sollte Frankreich den umstrittenen Verkauf von zwei Flugzeugträgern des Typs „Mistral“ an Russland doch noch abblasen, könnte Paris den betroffenen Firmen durch Beihilfezahlungen zur Seite springen. Ob diese rechtmäßig sind, müsste dann die EU-Kommission prüfen. gps



Bankfiliale in Lissabon

hingegen schon länger mit schlechten Ratings versehen. Nur wenn eine der vier zugelassenen Ratingagenturen zu einem positiven Urteil kommt, akzeptiert die EZB die Anleihen. Kritiker monieren, dass die EZB die auffallend guten Ratings der Kanadier für die Krisenbank, aber auch für andere südeuropäische Institute als Feigenblatt nutzt, um den Geldfluss nach Süden aufrechtzuerhalten. Elisabeth Rudman, die zuständige Bankanalystin von DBRS, rechtfertigt ihre Noten für Banco Espírito Santo damit, dass die Bank „sehr wichtig für das Funktionieren des portugiesischen Bankenmarktes ist“. So eine Bank